

Konjunkturaufschwung dank Binnennachfrage

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2018

Inhaltsübersicht

Weltwirtschaft auf Expansionskurs **1**

Quo vadis, Europa? **2**

Deutschland: Aussichten weiter günstig **3**

Öffentliche Finanzspielräume sinnvoll nutzen **5**

Freundliche Arbeitsmarktlage – mit Schatten **8**

Kräftige Lohnzuwächse **9**

Weltwirtschaft auf Expansionskurs

Der globale Aufschwung setzt sich fort. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) prognostiziert für 2018 ein weltweites Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent. Gleichzeitig soll der Welthandel um vier Prozent zunehmen.

Die USA sind weiterhin ein wichtiger Motor der Weltwirtschaft. Sie werden 2018 um voraussichtlich 2,5 Prozent wachsen. Getrieben wird die wirtschaftliche Entwicklung Washingtons vor allem vom privaten Konsum und den privaten Anlageinvestitionen. Die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosenquote soll auf einen Tiefststand von 4,3 Prozent sinken. Die Inflation soll auf 2,1 Prozent zunehmen.

Die US-Wirtschaftspolitik beeinflusst die glo-

bale wirtschaftliche Entwicklung. Die US-Notenbank wird voraussichtlich weiterhin leicht an der Zinsschraube drehen. Dieser leichte Anstieg des Zinsniveaus ist bei starker Konjunktur angemessen. Trumps Steuersenkungen auf Pump haben ein Strohfeuer auf dem US-Kapitalmarkt entfacht. Die US-Konzerne erwarten höhere Nettogewinne. Das freut die Finanzinvestoren. Folglich kletterte das US-Börsenthermometer auf neue Rekordstände. Die Zeche für Trumps teure Steuerergeschenke zahlen die Beschäftigten. Die steigende Ungleichheit wird mittelfristig Wachstum und Beschäftigung drosseln. Darüber hinaus wird die Staatsverschuldung weiter steigen. Weltweit droht nun eine neue Runde des Steuersenkungswettbewerbs.

Auch auf dem europäischen Kontinent wächst die Wirtschaft. Sowohl für die EU als auch für den Euroraum wird 2018 ein realer Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,1 Prozent erwartet. Da-

mit fällt das **» Die Wirtschaft in Europa wächst.** europäische Wirtschafts-

wachstum jedoch geringer aus als in den USA. Die Arbeitslosenquote ist zwar leicht rückläufig, befindet sich jedoch weiterhin auf hohem Niveau. In der EU liegt die Arbeitslosenquote bei 7,6 Prozent, im Euroraum bei 8,6 Prozent. Die Preise sollen im Euroraum dieses Jahr um 1,6 Prozent steigen.

Die ökonomische Entwicklung in den Schwellenländern ist weiterhin positiv. Der steigende Ölpreis unterstützt dies. Die asiatischen Volkswirtschaften werden voraussichtlich um fünf Prozent wachsen, wobei China und Indien überdurchschnittliche Wachstumsraten haben. Russland hat sich von einer schweren Wirtschaftskrise erholt und soll 2018 um 1,7 Prozent wachsen. Die brasilianische Wirtschaft kommt ebenfalls aus der Krise,

wächst aber vermutlich nur um 0,9 Prozent.

Gefahren drohen durch eine starke Aufwertung des US-Dollars. Viele Schwellenländer sind in US-Währung verschuldet. Ein teurer Dollar erhöht ihre Schuldenlast. Zudem droht eine Kapitalflucht, wenn US-Staatspapiere höhere Zinsen abwerfen.

Quo vadis, Europa?

Die wirtschaftliche und politische Zukunft der EU und des Euroraums ist weiter unsicher. Die politische Landschaft Europas hat sich stark verändert. In Frankreich, der drittgrößten europäischen Volkswirtschaft, schafften es Sozialisten und Christdemokraten nicht einmal in die letzte Runde der Präsidentschaftswahlen. Zwar konnte sich Macron gegen die Rechtspopulistin Le Pen durchsetzen. Die Wirtschaftspolitik des neuen Präsidenten bringt aber Frankreich nicht voran. Macrons so genannte Arbeitsmarktreformen dezentralisieren und verbetrieblichen die Lohnfindung. Dies schwächt die französischen Gewerkschaften und drückt die Löhne. Seine Sparpolitik bremst Wachstum und Beschäftigung.

Macron setzt all seine Hoffnung auf Europa. Eine vertiefte europäische Integration soll den alten Kontinent wirtschaftlich fit machen. Eine europäische Investitionsoffensive soll der französischen Wirtschaft auf die Beine helfen. Dafür braucht Paris aber die Unterstützung Berlins. Ob die zukünftige deutsche Regierung dazu bereit ist, bleibt abzuwarten. Die Aussichten sind aber nicht gut. Die deutsche Finanzpolitik steht für „schwarze Null“ und Schuldenbremsen und nicht für kreditfinanzierte Investitionen.

Wirtschaftliche Unsicherheit verbreiten auch die aktuellen Brexit-Verhandlungen. Noch ist völlig unklar, welche wirtschaftlichen Auswirkungen

die Scheidung Großbritanniens von der EU haben wird. Die Insel ist immerhin die zweitgrößte europäische Volkswirtschaft und der zweitgrößte EU-Nettozahler. Ebenfalls offen ist der Ausgang der kommenden Parlamentswahl in Italien (März 2018), der viertgrößten europäischen Volkswirtschaft. In aktuellen Prognosen führt die euroskeptische Fünf-Sterne-Partei.

Die soziale Spaltung Europas schwächt den gesellschaftlichen Rückhalt für die Europäische Integration. Die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen Nord-, Süd- und Osteuropa wachsen. Die Arbeitslosenquote liegt in Spanien und Griechenland bei 20 Prozent sowie in Italien bei zehn Prozent. Die hohe Arbeitslosigkeit – gerade unter Jugendlichen – sorgt dafür, dass viele gutausgebildete junge Menschen ihr Land verlassen.

Die neoliberalen wirtschaftspolitischen Antworten aus Brüssel und Berlin haben ihr Ziel verfehlt. Haushaltskürzungen, die Zerschlagung der Tarifsysteme, der Abbau von Arbeitnehmerrechten sowie die Kürzung der Sozialausgaben sorgen nicht dafür, dass die Wirtschaft wächst und die Arbeitslosigkeit sinkt. Ohne eine starke wirtschaftliche Entwicklung der Krisenländer können auch die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone nicht abgebaut werden. Folglich bleibt der gemeinsame Währungsraum weiterhin krisenanfällig.

Deutschland: Aussichten weiter günstig

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verlief im vergangenen Jahr weiter positiv. Mehrfach korrigierten die Institute ihre Schätzungen für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresverlauf sogar nach oben. Am Ende betrug dessen Wachstum insgesamt 2,2 Prozent. Dieser Wert liegt etwas über dem der Vorjahre (2015: 1,7 Prozent, 2016: 1,9 Prozent). Damit hat die konjunkturelle Dynamik in Deutschland nochmals leicht zugelegt. Die in 2017 geringere Zahl an Arbeitstagen wurde mehr als wettgemacht. Die günstige Konjunktorentwicklung sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der aktuelle

» **Deutschland erlebt einen normalen Konjunkturaufschwung.**

Aufschwung im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen bisher weder überdurchschnittlich lange andauert noch auffallend dynamisch ausfällt.

Wesentlicher Wachstumstreiber war 2017 erneut die Binnennachfrage. Diese war trotz anziehender, wenngleich nach wie vor hinter der Zielmarke der Europäischen Zentralbank zurückbleibender Inflation (die Verbraucherpreise stiegen um 1,8 Prozent) erneut stark von den Konsumausgaben privater Haushalte geprägt. Einmal mehr machten sich damit steigende Löhne und Gehälter sowie die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt bemerkbar. Es zeigt sich, dass hohe und steigende Löhne für eine günstige Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung sind.

Aufschwung setzt sich fort

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, 2009-2019



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; Prognosen 2017/2018: DIW, IMK, Winter 2017/18.

Stärker als in den vergangenen Jahren kamen aber auch die privaten Investitionen in Gang, wengleich sie – namentlich die Ausrüstungsinvestitionen – nach wie vor hinter den Werten früherer Aufschwünge zurückbleiben. Auch vom Außenhandel gingen, wegen expandierender Exporte insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2017, weiterhin Wachstumsimpulse aus, wenn auch nur geringe.

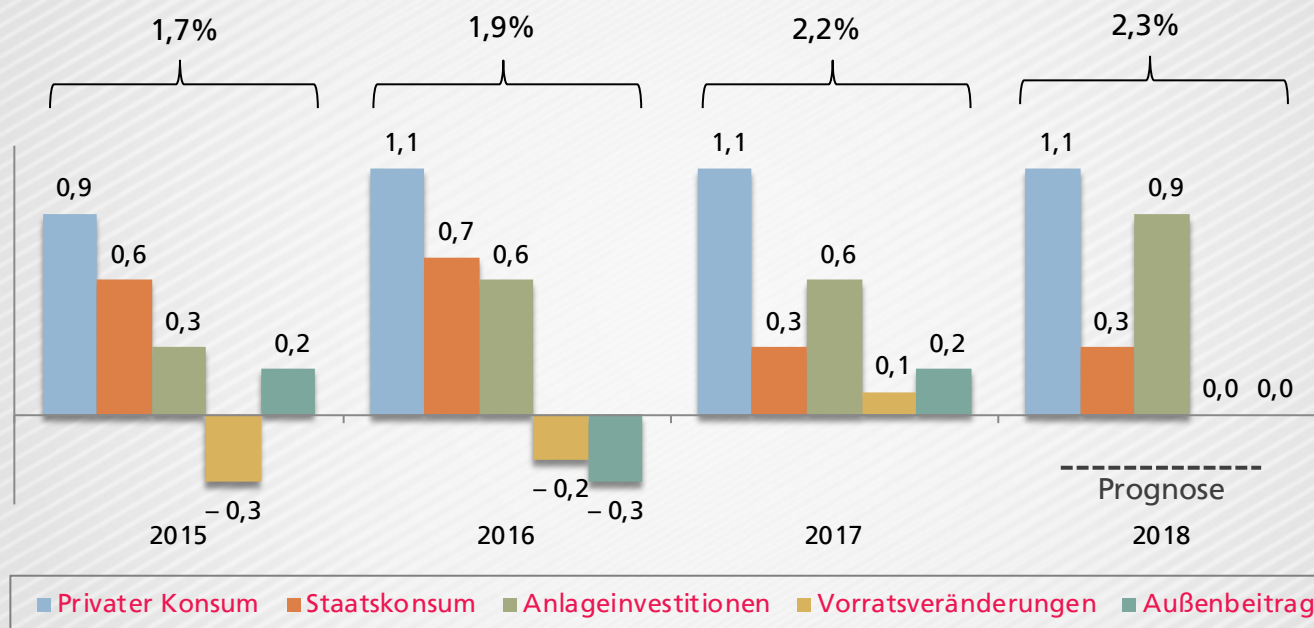
Weiter günstig verlief 2017 auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Sowohl die Erwerbstätigkeit als auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stiegen weiter an. Die offiziell gemessene Arbeitslosigkeit ist spiegelbildlich weiter gefallen (siehe Abschnitt Arbeitsmarkt).

In den kommenden beiden Jahren erwarten die Institute eine Fortsetzung des Aufschwungs

auf ähnlich hohem Niveau: Die Staatsausgaben sowie Löhne und Gehälter befinden sich weiter auf (leicht) expansivem Kurs, die konjunkturelle Entwicklung auf globaler Ebene erscheint günstig, die Stimmung bei den Unternehmen ist gut, ihre Auftragsbücher sind voll. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) geht für 2018 von einem BIP-Wachstum von 2,2 Prozent und für 2019 von 1,6 Prozent aus. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) prognostiziert für 2018 ein BIP-Wachstum von sogar 2,3 Prozent. Der private Konsum dürfte auch in 2018 für knapp die Hälfte des Wachstums verantwortlich zeichnen. Auch von den Investitionen dürften weiter positive Impulse ausgehen. Für den Außenhandel prognostizieren die Institute einen allenfalls geringen Wachstumsbeitrag. Angesichts des

Privater Konsum trägt weiterhin das Wachstum

Wachstumsbeiträge zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt, 2015-2018



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; 2017 vorläufige Ergebnisse; Prognosen 2018: IMK, Winter 2017/18.

weiterhin enormen Außenhandelsüberschusses Deutschlands ist dies keineswegs negativ zu bewerten. Aufgrund der nach wie vor beträchtlichen Überschüsse in der deutschen Leistungsbilanz sind Impulse durch zusätzliche Exporte derzeit und auf absehbare Zeit auch nicht wünschenswert. Stattdessen wäre eine Stärkung der Binnennachfrage anzustreben: Höhere Löhne und höhere Investitionen würden dazu beitragen, den übermäßigen Überschuss im deutschen Außenhandel abzubauen.

Angesichts der günstigen konjunkturellen Entwicklung sind die Aussichten für 2018 auch am Arbeitsmarkt weiter positiv.

Öffentliche Finanzspielräume sinnvoll nutzen

Die Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die Steuereinnahmen stiegen im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums kräftig an. Der Staat und die Sozialversicherungen (in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) erzielten 2017 einen hohen Überschuss von über 38 Milliarden Euro, fast 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Auch im Jahr 2018 wird die Finanzlage der öffentlichen Haushalte gut sein. Die Steuerschätzung vom November 2017 geht davon aus, dass die Steuereinnahmen des Bundes um 2,3 Prozent

steigen werden, die der Länder um 2,9 Prozent und die der Kommunen um 3,8 Prozent. Die Winterprognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartet für 2018 einen Überschuss von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen von 46 Milliarden Euro. Wenn die Wirtschaft sich wie prognostiziert weiterentwickelt, wird sich diese positive Entwicklung auch in 2019 fortsetzen.

Spielräume für Mehrausgaben sind also vorhanden – wie auch entsprechende Bedarfe: Bei Bildung und Infrastruktur ist in den vergangenen Jahren in Folge der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen und Länder ein massiver Investitionsstau aufgelaufen, den es abzubauen gilt. Die KfW beziffert den Investitionsrückstau allein der Kommunen 2016 auf 126 Milliarden Euro. In

» Der Investitionsstau muss endlich behoben werden.

Gesundheit, Pflege und frühkindlicher Bildung gibt es einen großen Personalmangel und Bedarf an besserer Bezahlung der dort Beschäftigten. Die Energiewende, der Breitbandausbau und die Weiterentwicklung eines leistungsfähigen öffentlichen Verkehrs erfordern erhebliche zusätzliche öffentliche Ausgaben. Darüber hinaus müssen die Förderung sozialer Wohnungsversorgung und die Schaffung von Wohnraum massiv ausgeweitet werden, etwa 100.000 Sozialwohnungen müssten jährlich neu entstehen.

Auch für die Verbesserung sozialer Leistungen, etwa höhere Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung (zur Finanzierung höherer Rentenniveaus insbesondere für Menschen mit ansonsten geringen Ansprüchen), sind in den kommenden Jahren erhebliche Milliardenbeträge nötig. Mittelfristig werden auch die Rentenversicherungsbeiträge steigen müssen, wenn die Babyboomer-

Jahrgänge in Rente gehen und das Rentenniveau mindestens stabil gehalten werden soll. Deshalb läuft eine 40-Prozent-Obergrenze für Sozialabgaben, wie sie die Große Koalition festgeschrieben hat, auf weitere Leistungskürzungen im Verlauf der 2020er Jahre hinaus. Es handelt sich im Grunde um eine Wiederauflage der neoliberalen Debatte um die Begrenzung der „Lohnnebenkosten“, die uns schon in der Vergangenheit Sozialkürzungen etwa bei der Rente eingebracht hat. Diese Orientierung an neoliberalen Glaubenssätzen ist unnötig, sozial ungerecht und ökonomisch schädlich.

Bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst gibt es im Vergleich zur Privatwirtschaft noch immer erheblichen Nachholbedarf. Die Einkommensentwicklung ist in den vergangenen 15 Jahren deutlich langsamer verlaufen als in vielen anderen Branchen. Wenn öffentliche Arbeitgeber für qualifizierte Beschäftigte attraktiv sein wollen, sind überdurchschnittliche Entgeltsteigerungen im Öffentlichen Dienst unabdingbar.

In der Summe sind jährliche öffentliche Mehrausgaben in mittlerer zweistelliger Milliardenhöhe erforderlich.

Zu beachten ist auch, dass die Finanzlage nicht überall gut ist. Viele Städte mit hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere im Ruhrgebiet und anderen vom Strukturwandel betroffenen Regionen, sind trotz massiver Ausgabenkürzungen in den vergangenen Jahren weiterhin gezwungen, in erheblichem Umfang Kassenkredite aufzunehmen.

Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, dass die vorhandenen finanziellen Möglichkeiten tatsächlich für die großen öffentlichen und sozialen Aufgaben sowie für höhere Löhne und Gehälter verwendet und nicht durch Steuersenkungen zunichtegemacht werden. Darüber hinaus muss insbesondere der Bund vom Dogma der „schwarzen

Null“ Abschied nehmen und mindestens die trotz Schuldenbremse noch gegebenen Spielräume für Kreditaufnahme nutzen, die auf Bundesebene etwa zehn Milliarden Euro jährlich betragen. Investitionen sollten von der ökonomisch schädlichen Schuldenbremse ausgenommen werden, zumal die Zinsen gegenwärtig nahe Null und erheblich unter der Inflationsrate und den Wachstumsraten der Steuereinnahmen liegen.

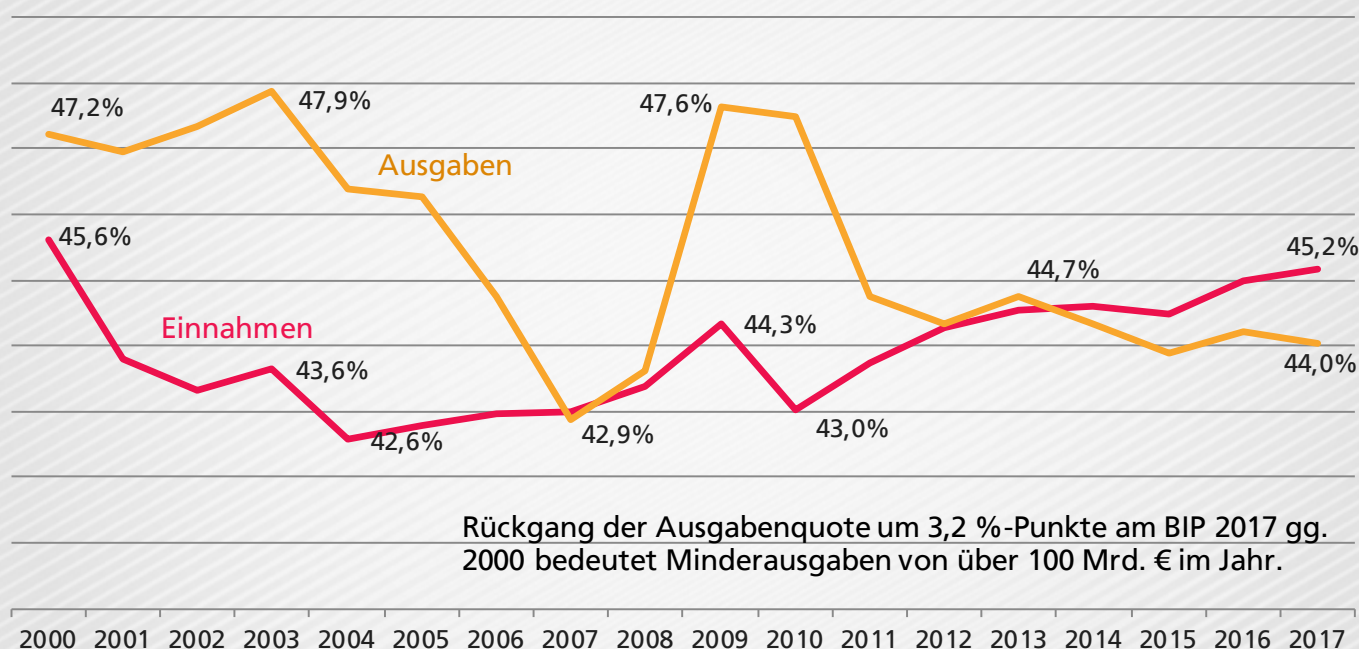
Die Große Koalition in spe geht im Bund von einem Finanzspielraum von 46 Milliarden Euro aus. Dieser Betrag bezieht sich auf die ganze Legislaturperiode, es geht also um durchschnittlich 12,5 Milliarden Euro im Jahr. Laut Koalitionsvertrag sollen 10 Milliarden Euro für eine erste Stufe der Abschaffung des Solidaritätszuschlags verwendet werden. Das größere Problem ist, dass mit der Festlegung auf eine spätere Komplettabschaf-

fung dann im Endeffekt 20 Milliarden Euro Mindereinnahmen pro Jahr eintreten würden. Von einer notwendigen Erhöhung des Spitzensteuersatzes ist nicht die Rede, so dass Bevölkerungsgruppen mit höheren Einkommen stark begünstigt würden. Diese haben aber bereits in den letzten Jahrzehnten massiv profitiert und brauchen keine weiteren Entlastungen.

Stattdessen fordern die Gewerkschaften mehr Steuergerechtigkeit durch einen höheren Spitzensteuersatz auf hohe Einkommen. Eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags müsste durch eine entsprechende Erhöhung des Einkommensteuertarifs kompensiert werden, so dass nur untere und mittlere Einkommen entlastet werden. Gefordert sind zudem die Einführung einer Vermögenssteuer für Millionäre, eine Reform der Erbschaftssteuer, um auch superreiche Firmenerben heranzuziehen, eine Gemeindefinanzsteuer

Sozialstaat geschrumpft

Quote von Staat und Sozialversicherungen am Bruttoinlandsprodukt



Rückgang der Ausgabenquote um 3,2 %-Punkte am BIP 2017 gg. 2000 bedeutet Minderausgaben von über 100 Mrd. € im Jahr.

sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Steuervollzugs. Auch finanzstarke Unternehmen müssen stärker und keinesfalls geringer besteuert werden. Die Steuervermeidung internationaler Konzerne muss wirksamer bekämpft werden. Hier bestehen – etwa in Form von Quellensteuern – durchaus auch nationale Handlungsspielräume.

Freundliche Arbeitsmarktlage – mit Schatten

Die Beschäftigung wächst. Ursächlich ist die gute Konjunkturlage. Die Erwerbstätigkeit stieg im letzten Jahr um 650.000 Personen auf einen neuen Rekord von 44,7 Millionen. Dieser Beschäftigungszuwachs bewegt sich aber im Rahmen eines normalen Aufschwungs. Von einem Beschäftigungswunder kann keine Rede sein.

Der Jobzuwachs verbessert nun auch die Qualität der Beschäftigung. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wuchs um 730.000 Arbeitskräfte auf heute 32,7 Millionen. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitnehmer, die ausschließlich einen Minijob haben. Heute gibt es noch 4,7 Millionen ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte. Ebenfalls rückläufig ist die Zahl der Selbstständigen. Folglich beruht der Anstieg der Erwerbstätigkeit allein auf dem Zuwachs sozialversicherter Arbeit. Die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden nimmt zu. Somit ist die Umverteilung vorhandener Arbeit zu prekären Bedingungen vorläufig gestoppt. Dennoch sind heute zwei von fünf Arbeitsverhältnissen so genannte atypische Jobs (Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Werkverträge, Befristungen).

Besonders stark stieg die Beschäftigung in den Bereichen qualifizierte Unternehmensdienst-

leistungen (Telekommunikation, Beratung, Ingenieurleistungen, etc.), Pflege, Soziales, Handel und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (Wach- und Sicherheitsdienste, Garten- und Landschaftsbau, Reisebüros, etc.). Bei den Finanzdienstleistern und Versicherungen wurden hingegen Jobs abgebaut. Regional gab es die stärksten Beschäftigungszuwächse in Berlin, Bayern und Hessen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit geht weiter zurück. Im letzten Jahr sank die Zahl der Arbeitslosen um 150.000 Personen. Seit Sommer 2017 schrumpfte die Arbeitslosigkeit jedoch nur noch leicht. Dennoch liegt die Erwerbslosigkeit auf einem Tiefststand von 2,4 Millionen Personen. Dies

» Die Arbeitsmarktlage entspannt sich – aber nicht für alle.

entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent.

In Ostdeutschland ging die Arbeitslosigkeit doppelt so stark zurück wie im Westen der Republik.

Mehr als jeder dritte Erwerbslose ist allerdings noch immer über 12 Monate ohne Arbeit. Zudem erzählt die offizielle Arbeitslosenstatistik nur die halbe Wahrheit. Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und kurzfristig Erwerbsunfähige werden in der Statistik nicht erfasst. Die tatsächliche Unterbeschäftigung liegt mit 3,4 Millionen deutlich höher als die registrierte Arbeitslosigkeit. Die Unterbeschäftigung schrumpfte 2017 langsamer als die registrierte Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus gab es 4,2 Millionen Erwerbsfähige, die Hartz-IV bezogen.

Der positive Arbeitsmarktrend wird mit hoher Wahrscheinlichkeit anhalten. Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften steigt weiter. Zuletzt waren bei der Bundesagentur 770.000 offene Stellen gemeldet. Die Zahl der Erwerbstätigen soll nach IMK-Schätzungen 2018 um weitere

560.000 Personen steigen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird 2018 um voraussichtlich 60.000 Personen sinken. Und das, obwohl die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten schwierig ist.

Die Lohnzuwächse fielen trotz der guten Arbeitsmarktlage nur moderat aus. Die Tariflöhne und -gehälter stiegen 2017 um 2,5 Prozent. Nach Abzug der Inflation ergibt sich ein realer Lohnzuwachs von 0,9 Prozent. In Anbetracht des zunehmenden Arbeitskräftemangels wäre ein stärkerer Lohnzuwachs zu erwarten gewesen. Die ökonomische Zunft spricht in diesem Zusammenhang von einem Lohnparadoxon. EU-Kommission und die Bundesbank kritisierten die deutschen Gewerkschaften bereits für ihre vermeintlich bescheidenen Lohnabschlüsse.

Das nur moderate Lohnplus ist aber kein Ergebnis absichtlich zurückhaltender Tarifpolitik. Im Gegenteil: In den letzten zwei Jahrzehnten wurde die Verhandlungsposition der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften empfindlich geschwächt. Die politische Förderung prekärer Beschäftigungsformen und die Ausweitung des Niedriglohnssektors gingen zu Lasten der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht. Darüber hinaus verweigern immer mehr Unternehmen den Abschluss von Tarifverträgen. Die Tarifbindung sinkt. Das, was ver.di, IG Metall & Co. heute verhandeln, kommt nur noch bei drei von fünf Beschäftigten an. Zudem schwächt die abnehmende Tarifbindung und die Drohung mit dem leicht möglichen Ausstieg aus der Tarifbindung die Verhandlungsposition der Gewerkschaften um höhere Löhne. Diese Spaltungen des Arbeitsmarktes erklären, warum in Zeiten starken Beschäftigungswachstums die Löhne und Gehälter nicht kräftiger steigen.

Kräftige Lohnzuwächse

Die heimischen Löhne sollten im laufenden Jahr wieder kräftig steigen. Das ist ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Deutliche Reallohnzuwächse beleben den privaten Konsum und schieben Wachstum und Beschäftigung an.

Eine wichtige Orientierungsmarke für Tarifabschlüsse ist der so genannte verteilungsneutrale Spielraum. Dieser berechnet sich aus dem gesamt-

» Der Verteilungsneutrale Spielraum sollte mindestens ausgeschöpft werden.

wirtschaftlichen Produktivitäts- und Preisanstieg. Nur wenn die

tatsächlichen Lohnerhöhungen (nicht die Forderung!) den verteilungsneutralen Spielraum ausschöpfen, bleibt der Anteil der Beschäftigten am Volkseinkommen gegenüber dem Vorjahr unverändert. An der Verteilung von Löhnen und Gewinnen ändert sich dann nichts. Gewerkschaftliches Ziel ist es, den Verteilungsneutralen Spielraum mindestens auszuschöpfen. Denn nur so werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt.

Für 2018 erwarten die Konjunkturprognosen einen Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland zwischen 1,5 und 1,8 Prozent. Die Arbeitsproduktivität soll um geschätzte 0,9 bis 1,2 Prozent zunehmen. Daraus ergibt sich ein Verteilungsneutraler Spielraum für Lohnerhöhungen zwischen 2,4 und drei Prozent.

Hinsichtlich der Preisentwicklung ist es aber sinnvoll, anstelle der tatsächlichen Preisentwicklung die Zielinflationsrate der EZB von zwei Prozent anzusetzen. Damit wird einer Spaltung des Euroraums in mehr und weniger wettbewerbs-

starke Mitgliedsstaaten entgegengewirkt. Außerdem ist es sinnvoll, sich an einer längerfristigen Produktivitätsentwicklung zu orientieren. Diese Trendproduktivität liegt derzeit bei 1,4 Prozent pro Jahr. Daraus ergibt sich ein Verteilungsneutraler Spielraum von etwa 3,4 Prozent.

Aus beiden Wegen zur Berechnung des Verteilungsneutralen Spielraums folgt eine Spannbreite für Tarifabschlüsse von 2,4 bis 3,4 Prozent – bezogen auf zwölf Monate. Die gewerkschaftlichen Lohnforderungen gehen natürlich in der Regel darüber hinaus.

Es gibt gute Gründe, den Verteilungsneutralen Spielraum mehr als auszuschöpfen: Seit der Jahrhundertwende mussten die Beschäftigten immer wieder den Gürtel enger schnallen. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen übertrumpften die Löhne und Gehälter. Dies war ein wesentlicher Grund dafür, dass Deutschland extrem hohe Überschüsse in der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz aufgebaut hat. Dies war wiederum ein wichtiger Hintergrund der Eurokrise, die immer noch nicht überwunden ist. Erst seit 2010 profitieren auch die Beschäftigten vom Aufschwung. Über fast alle Branchen hinweg gibt es großen Nachholbedarf.

Das gilt besonders für den öffentlichen Dienst. Die Entgelte im Öffentlichen Dienst sind langsamer gestiegen als in der Privatwirtschaft. Ein guter Tarifabschluss bei Bund und Kommunen

wäre ein wichtiger Schritt, um diese Lücke zu schließen.

Entsprechende Lohnsteigerungen wären nicht nur gerecht, sondern sie würden auch die Binnenkonjunktur stützen. Dies ist umso wichtiger, als die übermäßigen außenwirtschaftlichen Überschüsse Deutschlands allmählich abgebaut werden müssen, um neuen Krisen entgegenzuwir-

» Höhere Löhne und Staatsausgaben stärken die Binnenkonjunktur.

ken. Das Gleiche gilt für höhere öffentliche Ausgaben: Allein um die großen Investitionsbedarfe im Bildungs- und Gesundheitswesen, bei Verkehr, Energie und Digitalisierung zu decken, müssen die öffentlichen Investitionen dauerhaft angehoben werden. Die Große Koalition kleckert aber nur. Eine öffentliche Investitionsoffensive könnte entweder über Kredite oder über höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen finanziert werden.

Eine über höhere Löhne und öffentliche Ausgaben gestärkte Binnennachfrage würde gleichzeitig die Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft reduzieren. Und nicht zuletzt würden die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zurückgehen, was die europäischen und internationalen Handelskonflikte entschärfen würde.

Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Bsirske
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Patrick Schreiner, Anita Weber, Februar 2018.

Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de